

Sparpläne schon in der Schublade!

Schluß mit dem Sozialabbau!

Nun werden die Pläne der Unternehmer und ihrer Politiker aus den Schubladen gezogen. Das Budget soll saniert werden - und zwar auf Kosten junger Mütter, Kranker, StudentInnen und Arbeitsloser.

von Sybille Uhdla,
SJ Wien-Landstraße

Bei den Arbeitslosen macht sich die ÖVP für den „Abbau von sozialem Mißbrauch“ - so Generalsekretärin Korosec - stark und versucht, beim Arbeitslosengeld „einiges zu holen“. Weiters sehen die VP-Pläne (unterstützt von der FPÖ) vor, den 1. Krankenstandtag nicht mehr zu bezahlen und bei Spitalsaufenthalt dem Patienten einen Selbstbehalt aufzubürden. Gesundheit soll nicht länger ein Grundrecht sein, sondern ein Privileg der Reichen werden!

Kaum eingeführt, wurde das 2. Karenzjahr seitens der Schwarzen wieder in Frage gestellt - und die Abschaffung des erhöhten Karenzgeldes (öS 7917,-/Monat) gefordert. Derzeit haben alleinstehende Männer und Frauen und jene Verheirateten, deren Ehepartner über ein geringes Einkommen verfügen, Anspruch auf diese knapp öS 8000,- pro Monat. Ihnen Sozialmißbrauch vorzuwerfen, ist angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten mehr als grotesk!

Auch im Bildungsbereich soll es losgehen - angefangen bei der Abschaffung der Schulbuchaktion über die Einführung der Hochschulstudiengebühren bis zu der von Busek geplanten „Knock-Out“-Prüfung am Ende des 2. Semesters.

Auch die Privatisierung wird nun zügig vorangetrieben: Wenn es nach ÖVP-Staatssekretär Ditz geht, soll die Privatisierung der Austria-Tabakwerke eine Koalitionsfrage sein.

Eine weitere Attacke auf die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen stellt die Privatisierung der Post dar: Die Folgen sind anhand der Beispiele im Ausland (Deutschland, Großbritannien) schon heute absehbar: Ein privates Telekom- und Postunternehmen wird sich die lukrativen Ballungsgebiete herauspicken. Defizitäre Buslinien werden kurzerhand geschlossen, die Telefon-Anschlußkosten in entlegeneren Gebieten werden drastisch steigen.

**Den Armen nehmen,
den Reichen geben!**

Und die Reichen werden immer reicher, nicht zuletzt wegen der bisherigen Steuerpolitik: Die Vermögenssteuer, die etwa in den USA 11,2 % des gesamten Steueraufkommens ausmacht, wurde in Österreich abgeschafft. Die Gewinnsteuer ist nach Island die zweitniedrigste im gesamten OECD-Raum, und das neue Stiftungsrecht bietet den großen Vermögern eine erbschaftssteuerfreie Oase.

Doch den Bürgerlichen genügen die derzeitigen Begünstigungen der Reichen noch nicht: Während Erbschafts- und Schenkungssteuer abgeschafft werden sollen, will Ditz arbeitnehmerspezifische Begünstigungen im Steuerrecht streichen.

Und was setzen SPÖ und ÖGB dem entgegen? Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen trägt die SPÖ-Führung die Angriffspolitik mit. So meint SPÖ-Wirtschaftsdenker Novotny: „Mich stört es nicht, daß es Reiche gibt. Ich glaube nicht, daß eine uto-

Ditz und Lacina: Die kleinen Leute sollen zahlen!



pische egalitäre Gesellschaft ökonomisch effizient wäre. Ich sehe die Herausforderung darin, daß es Arme gibt.“ Und Finanzminister Lacina spricht offen aus, was die SPÖ seit Jahren praktiziert: „Aus dem obersten Prozent kann man den Wohlfahrtsstaat sicher nicht finanzieren. Der Slogan 'Die Reichen sollen zahlen' eignet sich gut für Sonntagsreden, aber kaum für praktische Politik.“ Die Gewerkschaften schlossen auch heuer die Lohnrunden nur mehr nach „Augenmaß“ - also unter der Inflationsrate - ab. Angesichts dieser „Zahnlosigkeit“ reiben sich die Unternehmer die Hände. Wie lange sollen wir noch zusehen, wie die Reichen auf unsere Kosten immer reicher werden?

Wehren wir uns - Jetzt!

Was wir wollen

- ❖ **Kampf dem Sozialabbau - Keine Zusammenarbeit mit den Bossen**
- ❖ **Auf 0,3% der Konten liegen über 200 Milliarden - Wir fordern die Enteignung, um Wohnungen und Arbeitsplätze zu schaffen**
- ❖ **35 Stundenwoche und 12.000,- Mindestlohn sofort**

Der Standpunkt:

Am Vorabend der 3. Republik

Einen massiven Rechtsruck hat es bei und durch diese Nationalratswahlen gegeben. Die FPÖ hat fast eine Million Wähler und ist in drei Bundesländern zweitstärkste Partei. Die SPÖ unter dem erfolglosen Parteivorsitzenden seit 1945 (unter ihm hat die Sozialdemokratie bis auf zwei Ausnahmen sämtliche Wahlen verloren) hat die deutliche Niederlage in ihrer Nachkriegsgeschichte erhalten: Nie zuvor gab es so schwere Verluste und so wenige Stimmen. Die großkoalitionäre Politik hat eine Abfuhr erhalten. Aber noch ein anderer Aspekt ist interessant: Zehntausende „Linksinnektuelle“ wählen das Liberale Forum, weil davon laut ORF-Analysen aus „strategischen“ Gründen, um „Schwarz-Blau“ zu verhindern. Erstens sind die Damen und Herren aus dem akademischen Bereich damit offensichtlich auf die Nase gefallen. Und zweitens haben die FPÖ-Wendehals vom LIF es geschafft mit ein paar (wahrscheinlich durch Meinungsumfragen ausgelöst) fortschrittlich tönenden gesellschaftspolitischen Phrasen eine weitere bürgerliche Partei zu verankern. In Wirklichkeit bedeutet LIF-Wählen die Politik der großen Koalition zu wählen, ohne ÖVP oder SPÖ anzukreuzen.

Nicht auf der Ebene der Wahl – wohl aber auf der politischen – drückte sich ein Rechtsruck bei den Grünen aus. Sie haben in ihrem Wahlkampf sämtliche Elemente, die unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem grundsätzlich in Frage stellen, aus ihren Programmen eliminiert. Die Grünen verteidigen das früher heftig bekämpfte Modell der Sozialpartnerschaft und vertreten laut Petrovic ein „absolut wirtschaftsnahe“, sprich unternehmerisches, Konzept. Punkto Ausländerfeindlichkeit ist man zwar gegen das Aufenthaltsgesetz, aber trotzdem brauche man Quoten und Gesetze um das Problem in den Griff zu kriegen. Der Ansatz, daß nicht die Ausländer, sondern Unternehmer und Spekulanten die Probleme verursachen, spiele bei den grünen „Realisten“ keine Rolle mehr.

Der Rechtsruck durch dieses Wahlergebnis ist aber kein absoluter und schon gar kein entgeglicher. Unmittelbar kommt es wahrscheinlich wieder zur großen Koalition. Er bedeutet zunächst, daß die Bürgerlichen sich jetzt bestärkt fühlen, auf die Tische zu hauen. VP-Politiker wie Schüssel meinen, es werde jetzt mehr ÖVP und von ihnen Inhalten in der Regierung gehen müssen, (also z.B. beim ersten Krankentagegeld, Privatisierungen, Karenzgeld...). Die SPÖ-Spitze hat in ihren ersten Reaktionen gezeigt, wie sie auf diese Offensive weiter reagieren wird. Mit weiterer panischer Anspannung „ohne wenn und Aber“. Die Frage die offen bleibt ist dabei, wieweit die ÖVP noch auf die Möglichkeit den Kanzler zu stellen verzichten will. Denn für die totale Zerschlagung von gewerkschaftlichen Rechten und Sozialstaat ist die SPÖ jetzt doch ein untunliches Mittel. Wie wäre die Reaktion von unten auf eine Regierung (bzw. die bloße Möglichkeit) aus einem Regierungschef Fasselbauer, Vizekanzler und Innenminister Haider, Finanzminister Görg, Justizminister Höbinger-Lehrer und Unterrichtsminister Mölzer?



Von John Evers

Wahldebakel für die SPÖ!

Die FPÖ marschiert. Im Vergleich zur letzten Wahl verlor die SPÖ 460.000 Stimmen. 250.000 SP-Wähler ließen diesmal direkt zur FPÖ über. Die roten Hochburgen werden eingeblutet. In Wien erhält die SPÖ ganze 38,9% (-11,8), die FPÖ legt auf 23% (+7,3) zu.

von Harry Maher
AKÖ Wien-Süd

Es war aber auch eine Wahl gegen die große Koalition und das was viele kleine Leute mit ihr verbinden: Privilegien, abgehobene Politik... Rechnet man die Nichtwähler dazu haben SPÖ und ÖVP gemeinsam die Mehrheit mehr in der Bevölkerung – eine einmalige Situation in der Nachkriegsgeschichte. Die SPÖ-Führung hat versucht im Wahlkampf aufzuzeigen, daß sie im wesentlichen für zwei Dinge steht: Für soziale Sta-

	Prozentanteil	Mandate
SPÖ	35,2%	-7,6%
ÖVP	27,7%	-4,4%
FPÖ	22,6%	+6,0%
Grüne	7,0%	+2,2%
LIF	5,7%	+5,7%

wie sozialdemokratische Spitzenfunktionäre Basisverbundenheit in ihrem persönlichen Lebensumfeld umsetzen. Vranitzky Kurs hat versagt: Er hat die SPÖ politisch in die totale Unterwerfung der Unternehmen gegenüber geführt und ihr die schlimmste Krise seit fast 50 Jahren zugefügt. Der einzige zentrale Grund warum noch immer so viele Stimmen auf die SPÖ entfielen, war weil viele Arbeitnehmer und Jugendliche sie als kleineren Obel im Vergleich zur Möglichkeit „Schwarz-Blau“ betrachteten.



Wahlverlierer SPÖ - "Schwarz-Blau" lauert schon im Hintergrund

blität, bzw. Gerechtigkeit. Und für Vranitzky. Ersteres war angesichts der hohen Arbeitslosigkeit (3,5%) ein „Aufschwung“, Privatisierungspolitik und AK-Skandalen offensichtlich nicht ernst zu nehmen. Und bei der „Wunderwaffe Vranitzky“ zeigte sich,

Parteiloyalität war einfach zu machen. Die einzige Reaktion die es von der SPÖ-Führung auf das Desaster gab, war einfach weiter machen zu wol-

len wie bisher. AK-Wahl – kein Thema mehr, große Koalition selbstverständlich. Doch ob die ÖVP so weiter machen will wie bisher ist die Frage. „Verschärfte Gangart“ haben die Schwarzen angekündigt. Die Parteiführung wird jetzt in allen heiklen Punkten erklären: „Wir müssen da mit machen, sonst droht Schwarz-Blau.“ Doch indem die SPÖ-Größen das tun, führen sie die Linie konsequent weiter, die die SPÖ politisch und organisatorisch dorthin gebracht haben wo sie jetzt ist. „Von denen da oben“ ist jedenfalls absolut nichts zu erwarten. Sie zittern um ihre Posten und Pfände. Der Kampf gegen den Rechtsruck – egal ob er in der leicht gebremsten Version der großen Koalition, oder in der in absehbarer Zeit möglichen Form des schwarz-blauen Bürgerblocks kommt – ist jetzt die zentrale Aufgabe.

Vorwärts tritt für folgendes Programm ein:
-Keine Koalition mit einer bürgerlichen Partei als Grundvoraussetzung für die Vertretung der Interessen von Arbeitnehmern und Jugendlichen
-Schluß mit Privilegien und Postenschulz - Facharbeiterlohn für Funktionäre
-Für eine Mobilisierung von unten - Insbesondere auch durch und mit SPÖ-Mitgliedern, Gewerkschaften gegen Sozialabbau und Rechtsruck.

Unsere Meinung zur Post

Die Post ist der erste zentrale Bereich wo es eine von der Gewerkschaftsführung organisierte Abwehrkampagne gegen Privatisierung gibt. Das ist insofern kein Wunder, als es kaum einen anderen Sektor gibt, wo die Auswirkungen solcher Maßnahmen, sowohl für die Beschäftigten, als auch die große Mehrheit der Bevölkerung, katastrophal wären. Es ist daher im Interesse aller Arbeitnehmer wenn der ÖGB seine volle Mobilisierungskraft zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bei der Post einsetzen würde. Doch danach schaut es im Moment nicht aus. Genauso wie bei den bisherigen Angriffen im Verstaatlichungs-Bereich, gibt es zwar solidarische Worte von Vertriebsleitern und Co aber keine offensiv Kampagne, die das Thema Privatisierung ins Bewusstsein bringt. Das zweite Problem ist, daß die Forderungen der Postgewerkschaftsführung in vielen Punkten äußerst schwammig sind, bzw. weitreichende Zugeständnisse beinhalten. Was soll zum Beispiel eine Hauptforderung nach einer „europareifen Post“? Mit diesem Slogan wird die Post überall in Europa zerschlagen. Und die Lösung vom Bundesgesetz der politischen Kontrolle über die Preisgestaltung mag vielleicht verlockend erscheinen. Doch entscheidend ist von wem und in welchem Interesse die politische Kontrolle ausgeübt wird. Und den Werbewerbsnachteil gegenüber privaten Zustelldiensten kann es auch nur geben wenn man diese Firmen überhaupt zuläßt.

den Verkauf der Post mit all seinen negativen Folgen für die Bediensteten bedeuten. Durch die Unterschriftenaktion haben wir jedoch bei Teilen der SPÖ ein Umdenken hervorgerufen. Was jedoch nicht heißt, daß wir bei den Koalitionsverhandlungen der ÖVP auf dem selben Terrain labiieren werden. Für uns ist klar, daß wir in dieser Situation zu weiteren Aktionen, bis zum Streik aufrufen werden.

Immer öfter hört man jedoch auch seitens der SPÖ Vorschläge die Post in eine AG umzuwandeln, und junge Aktien zu verkaufen. Auch dies würde in naher Zukunft

Lohnrunde: Der große Nepp

Seit neuestem werden die Gewerkschaften sogar von Medien und Unternehmern für ihr Umdenken in Richtung „verantwortungsvoller Lohnpolitik“ gelobt. Wem gegenüber ist diese Lohnpolitik „verantwortungsvoll“?

von Andrea Koch,
ÖMV-Betriebsrätin

Unter Hinweis auf die schlechte Konjunkturlage und die Gefährdung in Arbeitsplätzen wurden in den letzten Jahren häufig Abschlüsse unter der Inflationsrate geübt.

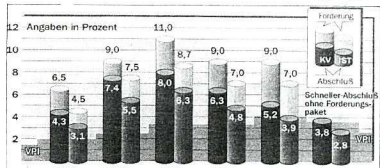
Zusätzlich zu den Reallohnverlusten stiegen die Verbraucherpreise vor allem in jenen Sektoren, von denen die Beschäftigten mit dem niedrigen Einkommen am meisten betroffen sind (z.B. Wohnen, Lebensmittel).

Während die Arbeitnehmer, die die Wirtschaftskrise nicht verursacht haben, Reallohnverluste hinnehmen mußten, konnten die Reichen ihr Vermögen kontinuierlich vermehren.

Sie wollen in Zeiten der Rezession nicht investieren - da vermehrt sich das Kapital auf Banken, in Form von Grundstücken oder Wertpapieren, (deren Preise stiegen), besser als in Produktionsbetrieben. Dadurch tausende Arbeitsplätze gefährdet und Familien in ihrer Existenz bedroht sind, interessiert die Vermögenden nicht.

Die Politik der Gewerkschaft - nur nicht zu radikal, nur nicht zuviel fordern - hat dazu geführt, daß es zu mindestens in den letzten 20 Jahren zu einer Umverteilung von unten nach oben gekommen ist. Die „berühmte Netto-Lohnquote“ (die mehr aussagt als die stets verwendete nicht bereinigte Brutto-Lohnquote) ist seit Anfang der Siebziger Jahre kontinuierlich gesunken und lag 1992 nur knapp über 50%.

In Österreich zehnt der einkommensschwächste Teil der Bevölkerung 20 mal soviel wie das einkommensschwächste - dieser Unterschied



mächtig stieg. So konnten z.B. von 1977 bis 1986 die reichsten 10% der Bevölkerung ihren Anteil am Gesamtvermögen von 56% auf 64% erhöhen. 0,6% der Bevölkerung besitzen derzeit ein Fünftel des Gesamtvermögens!

Doch dem ist nicht genug: Nun werden sogar in Zeiten eines leichten Wirtschaftsaufschwungs die Gewerkschaften zu „verantwortungsvollen“ Abschlüssen genötigt - um den Wirtschaftsaufschwung nicht zu gefährden!

Der Metallarbeitschluß (3,5%) bestätigt diese Tendenz: damit wird heute vermutlich gerade die Inflationsrate abgegolten - von Reallohnsteigerungen keine Spur (Die Inflationssteigerungen werden ständig nach oben revidiert - zur Zeit liegen sie bereits bei 3% - IHS). Von den bis jetzt erfolgten Lohnabschlüssen liegen jene der Angestellten der Papier- und Pappeindustrie darunter (2,2%) und jene der Nahrungsmittel (3,2%) und der Glasindustrie (3%) nur knapp darunter. Dabei konnten die vorjährigen Lohnrunden durch die Möglichkeiten der Öffnungsklausel ausgesetzt werden. Auch heute werden wieder „Erhöhungen“ in Form von Einmal-Zahlungen vorgenommen (bei der Metallarbeit 5000,- = 0,7%), ebenfalls

AK-Wahlen 94

Die Wahlen zur Arbeiterkammer waren, trotz aller Beschönigungsversuche, ein Debakel. Eine Wahlbeteiligung von 30% und Zugewinne für die FPÖ sind alarmierend. Steht die AK vor der Abschaffung?

von David Mum,
AKÖ Wien-West

„Womit rechtfertigen Sie, daß sie als Arbeitnehmervertreter 7-10 mal so viel verdienen wie ein durchschnittlicher Arbeiter?“ fragte im Ö3-Friedrichen ein Anrufer den AK-Präsidenten Vogler. Eine Stimme, stellvertretend für die Wut über die Pfändung und die absurde „Verteidigungsdiskussion“ gegenüber der Haider - An-

griffe. Ohne Not zu werden präsentierten die FPÖ-Führung als Anti-Privilegienprogramm, daß die Spitzenfunktionäre jetzt 200.000 nur 140.000 € verdienen. Den Heuchlern von ÖVP und FPÖ (ÖAAB-Mann-Schwimmer verdient 130.000,-, ÖS-SPitzenmann Gugg als Vizebürgermeister 130.000,-) wurde so der Weg gebahnt. Abgesehen von der relativ erfolgreichen Mobilisierung der „ausländischen“ KollegInnen durch „Demokratie für alle“ und die „Liste Gemeinsam“ und Zugewinnen für die kleine „Gewerkschaftliche Einheit“ brachten die Wahlen einen tendenziellen Rechtsruck. Die Bürgerlichen wittern jetzt Morgenluft und trauen sich oft das Ende der AK zu fordern, unterstützt durch Sager von Peter Pilz. Alles, was die FPÖ-Führung einfallt, ist „von einem geringen Erfolg“ zu reden (in Wien vor mal 10% der Stimmen) und die AK-Debatte für beendet zu erklären. Das ist sicherlich der beste Weg, den, die über den berechtigten Privilegienhaß in Wirklichkeit Errungenschaften der Arbeitnehmer angreifen wollen, weiter in die Hände zu spielen. Jetzt ist es notwendig, daß sich alle linken Betriebsräte und Gewerkschaften gegen die Angriffe von Rechts, aber auch gegen die angepasste offizielle FPÖ-Sozialpartnerschaft, zusammen tun.

Unser AK-Resolutionsprogramm:
-Arbeiterlohn für Arbeitnehmervertreter
-Schluß mit der Politik hinter verschlossenen Türen
-Weg mit der Sozialpartnerschaft!
-Für eine Arbeitnehmervertretung, die unsere Interessen offensiv vertritt und nicht zu einem bloßen Formalvermittlungs- und Beratungsgremium verkommt.

Aus dem Vertrag ist zwar nicht unüblich in der Branche, aber es macht klar, was von den Phrasen der FPÖ („Politik für den kleinen Mann“) in der Praxis zu halten ist.

Ähnliches erlebt? Schreib uns!

Redaktion VORWÄRTS
Postfach 1082 Wien

Kurz & Bündig

Einkommensverteilung
Aus einem Artikel des Trend-Magazins gibt die Einkommensverteilung Österreich hervor: Nur 8,5% der selbstständigen Erwerbstätigen verdienen mehr als 36.000,- brutto aber 200-mal weniger als 12.000,- brutto pro Monat. Dafür gibt es aber 40.000 Österreicher, die mehr als 1 Million im Jahr kassieren.

Auch die Verteilung des Vermögens in Österreich zeichnet ein ähnliches Bild:

Nur 1% der Betriebsvermögen besitzen 60% des Betriebsvermögens, die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen 25% des gesamten Reichtums in Österreich, die reichsten 10% freuen sich über 60%. Die wohlhabenden 10% der Grundbesitzer nennen etwa 50% des Grund und Bodens ihr eigen. Demgegenüber besitzt ein Drittel der Bevölkerung außer Hausrat, Auto und/oder Schulden nichts.

Und 1993 gab es 831.000 Menschen, die mit 65.100,- oder weniger pro Monat auskommen mußten.

Jugend ohne Chancen

Jeder fünfte Jugendliche in Österreich hat keine abgeschlossene Berufsausbildung und auch keine mindestens dreijährige mittlere oder höhere Schule. Diese können meist nur als Hilfsarbeiter arbeiten und sind damit die ersten „Anwärter“ auf Arbeitslosigkeit. Was sind die Ursachen? Miese Ausbildung und Willkür in der Lehre, extremer Streik in der Schule (die 40-Stunden-Woche ist die Norm) und finanzielle Probleme.

Ditz will Geld

In der kommenden Legislaturperiode soll es zu einer Lohnsteuerreform kommen. Aber die wird finanziert sein. Vorschlag von Ditz: Die Steuerbefreiung für die ersten 5 Überstunden pro Monat soll gestrichen werden. Wieder soll bei den kleinen gewarnt werden, den viele sind wegen der niedrigen Löhne auf das Geld von Überstunden angewiesen. Eine Erhöhung der Mindesteinkommen fordert Ditz aber nicht. Dafür will er die Erbschafts- und Schenkungssteuer lowernden. Das nützt den Reichen, nur wer viel erb/schenkt bekommt, muß viel abgeben. Umverteilung a la ÖVP.

Verbot der Verstaatlichung
ÖVP Klubobmann Neisser fordert, unterstützt vom Liberalen Forum, ein Verbot der Verstaatlichung in der Bundesverfassung. Von bürgerlicher Seite möchte man ein entgeltliches Aus für die Verstaatlichten. Denn: in der Verstaatlichung hatte die Gewerkschaft bis jetzt mehr Einfluss, gab es höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Derartige Beispiele möchte die Wirtschaft loswerden.

Postler gegen die Privatisierung!

Vorwärts führte mit Christian Kandler, dem Vorsitzenden der Vertrauenspersonen der Post Wels folgendes Gespräch.

V: Wie ist die Stimmung unter den Postern?
C: Bis zur Unterschriftenaktion relativ ruhig. Ich glaube, daß viele noch nicht gewußt haben, welche Probleme nach einer Privatisierung auf uns zukommen. Erst durch die Streikwelle in Deutschland bzw. durch die Diskussion über Poststrukturänderungen wurde vielen der Ernst der Lage bewußt.

den: Mit dem Aufkaufen privater Zustellfirmen wie APS, DHL, usw. müßten wir starke Einbußen z.B. in der Paketbeförderung hinnehmen. Aber nicht weil wir zu wenig einkommen, sondern weil wir keine einkommensfähige Tarifpolitik machen können. Bei uns werden die Gebühren auf Schilling und Groschen im Parlament beschlossen. Diese Unflexibilität in der Preisgestaltung bzw. die Verpflichtung zur Zustellung von Sendungen flächendeckend in ganz Österreich bringt uns einen großen Wettbewerbsnachteil. Alleine der Zeitungsdienst bringt ein Defizit von mehr als 2 Milliarden Schilling jährlich. Dazu wurde uns durch die Finanzpolitik Lacinas ein Schuldenberg von 10 Milliarden aufgelastet. Der Finanzminister zwang uns durch budgetäre Maßnahmen alleine im Jahre 1993 8 Milliarden abzufahren, die wir dringend für neue Investitionen gebraucht hätten. Es ist absehbar, daß die Post in wenigen Jahren in die roten Zahlen kommen wird. Wie bei der ÖBB wird dann auch bei uns verstärkt über Sozial- und Personalabbau diskutiert werden. Daher haben wir eine Poststrukturreform angestrebt, die folgende Punkte beinhalten soll:

V: Was soll mit der Unterschriftenaktion bezweckt werden?
C: Die Unterschriftenaktion hat zwei Ziele zum Zweck. Erstens den politischen Druck auf die Parteien, vor allem die SPÖ, zu erhöhen von der Privatisierung abzugehen, und zweitens die Bevölkerung zu informieren um bei weiteren Aktionen Unterstützung zu finden. Die Post hat vor allem mit zwei Problemen fertigzuver-

Die "neue Weltordnung": Chaos, Krieg und Elend!

Haiti, Kuba, Ruanda, Mexiko, Somalia, Irak,... Immer wieder kam es in den letzten Jahren in Ländern der sogenannten 3. Welt zu Krisen, Katastrophen, Kriegen, Aufständen oder Militärinterventionen. Die "neue Weltordnung" brachte nichts als weiteres Chaos und Verfall. Im größten Teil der Erde offenbart der Kapitalismus vor der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung sein wahres Gesicht.

von David Mum und Alex H.; AKÖ-Wien West

Ein Beispiel veranschaulicht die Ungerechtigkeit, zu der der Kapitalismus bzw. Imperialismus, in diesem Jahrhundert geführt hat. Der Einkommensunterschied zwischen dem reichsten und dem ärmsten Land der Welt betrug 1900 8:1, 1967 82:1 und 1987 130:1 - Tendenz weiter steigend. Der kolonialen Form der Ausbeutung ist nur eine anders auftretende gefolgt.

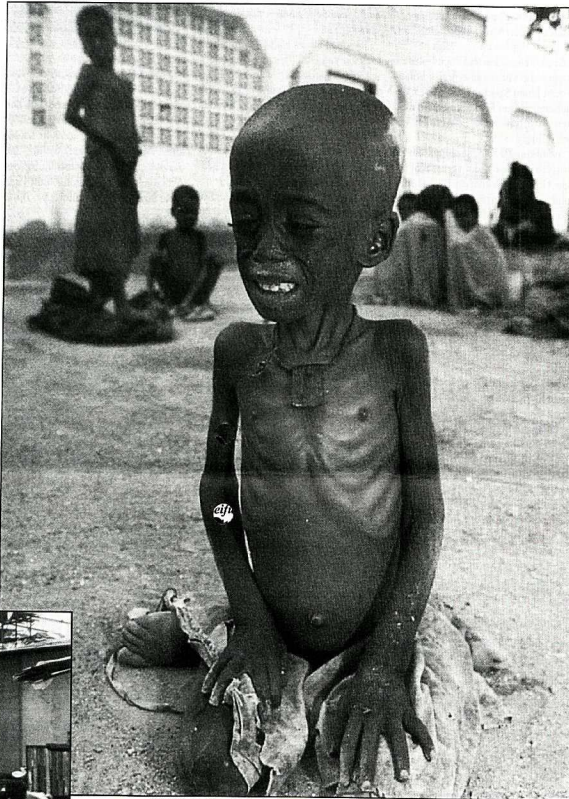
"Halbe" Revolutionen

Eine Welle von Revolutionen in Afrika, Asien und Lateinamerika haben im letzten halben Jahrhundert die (angeblich demokratischen) Kolonialmächte wie Großbritannien und Frankreich in oft blutigen Befreiungskriegen zum Abhanden gezwungen. Aber wo Kapitalismus und Großgrundbesitz nicht abgeschafft wurden blieben Ausbeutungsstruktur und wirtschaftliche Vormachtstellung der alten Herren bestehen. Neue, diktatorische und geheime Regimes wurden vom Westen unterstützt und an die Macht gepusht. Die alten Verhältnisse wurden durch neue international operierende Ausbeutungsmechanismen und Organisationen abgelöst: Verschuldung der armen Länder, IWF-Programme, ungleiche Tauschverhältnisse am Weltmarkt. Und wenn das alles nichts

westlichen Regierungen und Banken (im Austausch für Aufträge bei westlichen Konzernen) regelrecht aufdrängt. Die Zinsen waren niedrig, das Geld wurde oft nur für Luxuskonsum der Oberschicht oder sinnlose Prestigeobjekte verwendet. In den 80ern stiegen die Zinsen, die Kredite wurden immer teurer und nicht rückzahlbar. Der künstliche Verfall der Rohstoffpreise und die Verschlechterung der Handelsbedingungen mit der "Dritten Welt" (Terms of Trade) taten ein Übriges. Ein Todeskreislauf setzte ein. Es gibt neue Kredite zur Bezahlung der alten und die Schulden steigen. Die Anhäufung der Schulden der ex-kolonialen Länder verdoppelte sich zwischen 1980 und 1990 von 639 Mrd \$ auf 1341 Mrd \$.

"Nettokapitalexport"

Brasilien zahlte beispielsweise zwischen 1973 und '85 mehr Geld zurück als es bekam, war aber '85 neunmal so verschuldet wie '73! Die Länder sind dann auf IWF-Kredite angewiesen (Internationaler Währungsfonds). Dieser gibt sie aber nicht jedem (z.B. Chile unter Pinochet floß wieder das Geld; Nicaragua unter dem rechten Somoza bekam schlichte, die Sandinisten erhielten nichts). Der IWF ist ein Herrschaftsinstrument der Imperialisten. Er hat 150 Mitgliedsländer, aber die 10 reichsten haben mehr als die Hälfte der Stimmen. Der IWF gibt Geld nur zu Bedingungen. Die-



Das ist das Ergebnis der "humanitären" Hilfe der UNO in Somalia

Feldzüge für "Demokratie und Freiheit"

Aber auch das reicht nicht immer aus. Seit Ende des kalten Krieges sorgt der UNO sehr oft ins Feld, um "nach dem rechten zu sehen". Die "internationale Friedensgemeinschaft" ist wie der IWF strukturiert. Man macht sich nicht einmal die Mühe, die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Es gibt viele Mitgliedsländer, aber die imperialistischen Großmächte bestimmen. In der UNO bestimmen die fünf ständigen (von irgendwem gewählten, geschweide denn abwählbaren) Mitglieder des Sicherheitsrates (USA,

GB, F, CH, RL), wo und in wessen Interesse eingegriffen wird. Im Golfkrieg wurde gegen Hussein das billige Öl verweigert. Das geschah im Namen der Demokratie. Das Öl ist wieder unter Kontrolle der richtigen Leute. Demokratie gibt es heute weder im Irak noch in Kuwait. Auch in Somalia wollten die USA unter der Flagge der UNO ein ihnen gefälliges Marionettenregime installieren. Dort zeigte sich aber auch die Unfähigkeit der Imperialisten, stabile Verhältnisse zu schaffen. Die US- und UNO-Soldaten zogen sang- und klang- und vor allem erfolglos ab.

Entwicklungen in den 90ern

Der Zusammenbruch des Stalinismus hatte auch hier riesige Auswirkungen. Die Existenz der UdSSR zeigte nicht nur, daß es ein anderes

Gesellschaftssystem als den Kapitalismus geben kann, sondern war auch ein alternativer Markt und eine Hilfsquelle. In vielen Ländern kamen durch Putsch oder Guerillakriege stalinistische Regimes an die Macht. Obwohl sie Diktaturen und verbürokratisiert waren, befreiten sie die Gesellschaft von Kapitalismus und Großgrundbesitz. Durch den Zusammenbruch der SU verloren sie wichtige Handelspartner (z.B. Kuba), viele dieser Staaten öffneten sich nun wieder den Westen und führen den Kapitalismus wieder ein.

Niederlagen der "Guerilleros"?

Nicht nur das. Eine ganze Generation von Befreiungsbewegungen hat ihren Kampf eingestellt oder sich mit dem Regime bzw. System, das sie davor bekämpften arrangiert. Guerilla-

organisationen und Befreiungsbewegungen wie die SWAPO in Namibia, die FMLN in El Salvador, die Sandinisten in Nicaragua, der ANC in Südafrika. Auch der dubiose "Leuchtende Pfad" in Peru scheint zusammengebrochen zu sein.

Der Wegfall des "Faktors SU" bedeutet auch den Wegfall des ideologischen Wütrichs aus Moskau, der die Linie dieser Bewegungen immer den aktuellen außenpolitischen Interessen der Kremlbürokratie unterordnete. Und diese Interessen waren meist gegen eine wirkliche Gesellschaftsveränderung gerichtet. Der Untergang bzw. Rechtsruck dieser Organisationen heißt aber nicht, daß Guerillaorganisationen prinzipiell der Vergangenheit angehören. Der Kapitalismus schafft die Bedingungen, unter denen sie entstehen können. Die Zapatisten in Mexiko zeigen das. Sie sind in den Gebieten (Chiapas) stark, wo die Indianer unter extrem schlechten Bedingungen leben müssen. 75% der Kinder sind untergewichtig. Die Analphabetenrate beträgt 30%, 15.000 Menschen leiden wegen der fatalen sanitären Verhältnisse an Durchfall. Gleichzeitig herrscht die Oligarchie mit ihrer Partei (PRI) durch eine Scheindemokratie, die sich durch Wahlbetrug an der Macht hält. Die Zapatisten werden brutal unterdrückt.

Aber so zeigen sich auch die Schwächen des Guerillakampfes. Sie vertreten kein klares Konzept zum Sturz von Großgrundbesitz und Kapitalismus. Wie jede Guerillarmee stützen



Tausende GI's auf "demokratischer" Mission.

Marxismus aktuell: Die Theorie der permanenten Revolution

Angesichts von Unterdrückung, Hunger und Elend in den Ländern der sogenannten „3. Welt“ gibt es verschiedene Entwicklungsstrategien. Gemeinsam ist allen - mit einer Ausnahme - die Überlegung daß in diesen Ländern der Kapitalismus aufgebaut bzw. gefestigt werden muß.

von Sonja Grusch

Die Bürgerlichen glauben das, weil der Kapitalismus für sie sowie so die einzige Möglichkeit ist. Aber auch viele Linke sehen die Notwendigkeit einer „bürgerlich-demokratischen“ kapitalistischen Entwicklungsphase in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Von Stalinisten wurde jahrzehntlang die „Etappentheorie“ vertreten, die besagt, daß zuerst in den feudalistischen Staaten der Kapitalismus (gemeinsam mit fortschrittlichen nationalen bürgerlichen Kräften) aufgebaut werden muß und erst in ferner Zukunft der Sozialismus erklämpft werden kann. Durch diese Politik, die lange von der Sowjetunion betrieben wurde, wurden zahlreiche Revolutionen gestoppt, verhindert und unter die Vorherrschaft der Bürgerlichen gestellt.

Die heutigen Entwicklungstheorien basieren auf der Überlegung, daß die Marktwirtschaft eine Lösung anbieten kann. Das der Kapitalismus für wirtschaftlich unterentwickelte Länder keine Verbesserungen bringt, hat er allerdings zur Genüge bewiesen. Er drang (oft mit Waffengewalt) von außen in Afrika, Asien und Lateinamerika ein und errichtete wirtschaftliche und soziale Systeme im Sinne und unter der Vorherrschaft westlicher Kapitalisten. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen stütze er sich oft auf die nationalen Großgrundbesitzer, denen die Interessen der westlichen Kapitalisten näher standen, als die der eigenheimigen Bevölkerung.

Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert ist eine wirklich eigenständige Entwicklung eines einzelnen Landes in

unserem Jahrhundert nicht mehr möglich. Keines der Probleme wie Verelendung und Unterdrückung konnte gelöst werden. Eine Entwicklung wie in den westeuropäischen Ländern bzw. in den USA ist nicht möglich. Abgesehen von einigen kleinen „strategischen“ Ausnahmefällen (z.B. wie im Falle Südkorcas, das der US-Imperialismus aus strategischen Gründen hochgepöppelt hat), gibt es keinen einzigen Fall in diesem Jahrhundert, in dem Kapitalismus ein „3. Welt“ Land weiter gebracht hat. Nach wie vor herrschen in der Mehrzahl der Länder mittelalterliche Besitzverhältnisse, korrupte Alleinherren und Bündnis mit modernen westlichen Kapitalisten.

"Permanente Revolution"

Von marxistischer Seite entstand Anfang des 20. Jahrhunderts, ausgehend von den geänderten Rahmenbedingungen die „Theorie der Permanenten Revolution“. Die Welt hat sich in den letzten 150 Jahren stark verändert. Es gibt nicht mehr wenige kapitalistische und viele unterentwickelte Länder, sondern einen eng vernetzten kapitalistischen Weltmarkt mit kapitalistischer Produktion auf der ganzen Welt. Die „unterentwickelten“ Länder brauchen den Kapitalismus nicht mehr aufbauen, sie stecken bereits mitten drin. Die Rohstoffe werden für den Weltmarkt gefördert und die Wirtschaft ist auf Export ausgerichtet. Die Ausbeutungsmechanismen funktionieren nach kapitalistischen Muster. Die „Begleiterscheinungen“ des Kapitalismus aber, die bürgerliche Demokratie, gibt es in diesen Ländern nicht. Die Staaten sind meist Diktaturen. Die Einführung von Demokratie und die natio-



Die Reichen haben nur eine Methode - Abschieben!

sie sich in erster Linie auf landlose Bauern. Aber durch den militärischen Kampf im Dschungel und am Land vernachlässigen sie die Arbeiterklasse in den Städten, die auch kämpft. Die Arbeiter haben jedoch andere Kampfmethoden, wie z.B. Streiks, sie können nicht einfach nicht arbeiten gehen und sich eine Armee anschließen. Unabdingbar für den Befreiungskampf ist aber ein Bündnis zwischen den Arbeitern in den Städten und den armen Bauern am Land.

Haiti

Wieder einmal treten die USA als „Weltpolizei“ auf. Aber was ist los werden sich viele fragen. Früher intervenierten die USA, um linke Regierungen zu stützen und rechten Putschisten an die Macht zu helfen. Nicht umsonst sagt man: „Warum gibt es in den USA keine Militärputsche?“

gramm durchführt. Sie wollen auch nicht, daß er ein zweites Mal kandidiert. Seine Amtszeit, die 5 Jahre dauerte, läuft in 18 Monaten ab, er regierte bis jetzt aber nur 9 Monate. Die Interessen der Armen und des Kapitals sind in Haiti nie und nimmer unter einen Hut zu bringen, so wie nirgend. Es herrschen 12 Familien. Ein amerikanischer Manager in Haiti sagte es deutlich: „Die Fabrikschlepper wollen jetzt, daß die USA sie beschützen.“ Die USA kommen nicht nach Haiti, um die Demokratie zu stützen oder den Volk Wohlstand zu bringen. Die USA kommen in ihrem eigenen Interesse, sie werden darauf achten, daß Politik in ihrem Interesse durchgeführt wird. Keine kapitalistische Regierung kann, wird oder will Haiti von der Unterdrückung und der Armut befreien. Deshalb: Amis raus!



Die Kolonialherren sind weg - das Elend bleibt!

hilft, Militärinterventionen von UNO oder gleich von den USA.

Schuldenkrise

Entscheidend für die Situation in der „Dritten Welt“ ist z.B. die Schuldenkrise. In den 60er und 70er Jahren wurden vielen Ländern in der „ex-kolonialen“ Welt Kredite von

se sind: Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Lohnkürzungen, Abbau von Subventionen (z.B. für Lebensmittel), Privatisierung, Liberalisierung der Importe, Währungsabwertung. Von Unabhängigkeit kann keine Rede sein. Der IWF bestimmt so die Politik und die geht auf Kosten der Arbeiter und der ärmsten Schichten.

WIR LASSEN DICH NICHT MIT DEINEM BOSS ALLEIN!
Jetzt hast Du den direkten Draht zur **VORWÄRTS-Redaktion**. Einfach abheben und anrufen.

0222/59 70 432

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
- ★ Drohen Unternehmen mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie entgeltet werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien! Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
- ★ Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
- ★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ! Vergessliche Arbeiter großer Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeitern für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Der September war, nach dem schwachen Sommer wieder erfolgreich für uns. Wir konnten unser Monatsziel mit 65 25869,20 (=103%) erreichen. Geholfen hat uns dabei der fleißige Zeitungverkauf unserer Unterstützer und Einzelspenden wie Kurt F., der ein Förderabo über 500,- bezahlt hat. Besonders erwähnt werden müssen die Genossen in Oberösterreich - sie stellen absolute Kampffonds-Rekorde auf und haben sogar schon je 65 1000,- in einer Woche erreicht. Auf der Demo am 1.10. fürs passive Betriebsratswahlrecht für Ausländer waren unsere "Gemeinsam arbeiten - Gemeinsam kämpfen" Buttons der absolute Renner. Aber trotz der Erfolge im September schleppten wir noch den schwachen Sommer nach. Daher gibt's diesmal einen dringenden Appell an alle unsere Leser und Unterstützer! Durchforstet Eure Finanzen und denkt daran, daß wir auf Eure Unterstützung angewiesen sind. Von Euch hängt es ab, ob wir, wie und wo wir erscheinen können! Wir kriegen weder vom Staat, noch von irgendwelchen Organisationen Geld - nur von Euch!

KampffondsAktuell
71,23%

Termine

- 13.10.: "Südafrika - Enttäuschte Hoffnungen und frustrierte Wähler" mit Johannes Marek Mphahlele aus Südafrika 19 Uhr, Café Spectrum, Wien 2, Arnezhofstr.
- 13.10.: Gründungsveranstaltung des AKÖ-Wien Ost 19.10.: Die Sozialistische Jugend Landstraße macht sich über "Aids" Gedanken.
- 19.10.: Die "Bürgerschaften" werden vom AKÖ Wien West auf Kon. genommen.
- 20.10.: Aus aktuellem Anlaß nimmt sich auch das AKÖ Wien Nord die "Bürgerschaften" vor.
- 21.10.: Das AKÖ Wien Süd lädt zu seiner Gruppenkonferenz mit Buffet und Diskussion zu aktuellen Themen des antifaschistischen Kampfes.

VORWÄRTS Shop

VORWÄRTS - Was wir wollen 66 Seiten, 40 öS

VORWÄRTS
Sozialistische Zeitung



Gegen Nazis T-Shirt weiß L oder XL, 65 120,-
Gegen Nazis Buttons 65 15,-
Materialliste 65 10,-
Versand erfolgt nach Einlangen des Geldes auf unserem Konto
PSK 8812.733

Wo ihr uns treffen könnt:

Wien
SJ 3/ Gruppe COMMUNE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
3. Zentrum Erdberg
Lecherstr. 2-4

Sozialistische Jugend 20:
jeden 1. Mittwoch im Monat
19 Uhr
20. Allerheiligenplatz 17

AKÖ Wien-Süd:
jeden Freitag 19 Uhr
5. "Ruprucks"
Reinprechtsdorfstr. 6

AKÖ Wien-West:
jeden Mittwoch 19 Uhr
15. Goldschlager 26
(im Jugendkeller)

AKÖ Wien-Nord:
jeden Donnerstag 18 Uhr 45
20. Allerheiligenplatz 17
Ecke Donaueckertstr./Norgartenstraße

AKÖ Wien Ost
jeden Donnerstag 19 Uhr
11. Hugoburg 8

AKÖ Wien
Lehrungsgruppe:
jeden Freitag 19 Uhr
7. Siebenstern 31

Niederösterreich
AKÖ Gänserndorf
jeden Montag um 19.00 Uhr
in der Schmidvilla

Spendet!

Um unsere Ideen besser verbreiten zu können brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die Kosten Geld! Deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung. **Wenn ihr es auf unser Konto überweist, am besten gleich mit Dauerauftrag! Danke - denn jeder Schilling zählt!**
PSK 8812.733

Internationales

Pest und Cholera

Die Seuchen der Armut sind im Vordarsch. In Europa erinnern an den "Schwarzen Tod" nur mehr Pestausbrüche und Schauergerüchten aus vergangenen Jahrhunderten. In Indien ist das Grauen real geworden. Anfang Oktober sprechen offizielle Stellen von 50-100 Tote, inoffizielle von mehreren hundert. Die Zahl der mit der ansteckenden Lungengest infizierten ist weit höher. In Ostasien mehren sich die Cholera-Fälle. Bis jetzt sind zumindest Rumänien, Albanien und die ukrainische Halbinsel Krim betroffen. Ursache für die Verbreitung der Seuchen ist die Armut. Surat, jene Stadt in Indien, die bis jetzt während der Pest am härtesten von der Pest betroffen ist, besteht hauptsächlich aus Slums, in denen hunderte tausende Menschen unter miesesten Verhältnissen - und daher auch im Schutz der Basis für den Ausbruch der Pest ist - leben. Sie alle arbeiten für den Besitzer von Textilfabriken und Diamantenschleifereien, die sich dumm und dämlich an ihnen verdrängen. Schon hat sich ein Schwarzmarkt für Medikamente entwickelt und es mangelt an ärztlichem Personal. Die Versorgung kann sich nur eine kleine, privilegierte Schicht leisten. Das Seuchen keineswegs ausgestorben sind, beweisen die folgenden Zahlen:
Pest: 1993 mindestens 151 Tote
Cholera: 1994 bis jetzt 703 Tote
Gelbfieber: etwa 740 Tote pro Jahr
Typhus: jährlich gibt es etwa 1 Million Todesopfer

Nordirland: Ende des Bürgerkriegs?

Die Irisch Republikanische Armee hat nach 25 Jahren Bürgerkrieg das Ende des bewaffneten Kampfes in Nordirland verkündet. Ist eine Lösung des Konflikts jetzt in greifbare Nähe gerückt?

von Manuela Tesak
AKÖ Wien-Süd
Die Kernprobleme (Nord-)Irlands stellen Armut, Arbeitslosigkeit, sowie die ungelöste nationale Frage (hervorgehend durch die Teilung der grünen Insel durch den britischen Imperialismus) dar. Nach massiven Unruhen wurden 1969 britische Truppen in Nordirland stationiert. Die Folge war keine Beruhigung der Situation, sondern die totale Eskalation des Konflikts zwischen Katholiken und Protestanten. Die IRA wurde bekannt als schlagkräftige Terrorereinheit, die als Wurzeln allen Übels, die britische Armeetruppe und Angriffe und Attentate auf die Armee ausführen. In den letzten Jahren wurden aber auch Zivilisten Opfer der Anschläge. Der politische Arm der IRA unter Führung Gerry Adams' gab nach dem gescheiterten Waffenstillstand 1975 bekannt es werde keine erneuten Abkommen geben bis die britischen Truppen aus Nordirland verschwunden seien. Noch im August behauptete Gerry Adams auf einer Veranstaltung in Belfast, daß die britische Arme besiegt sei.
Was hat die Sinn Fein nun plötzlich zu ihrem Meinungswechsel bewegt? Sie haben erkennen müssen, daß der Kampf gegen die britische Armee militärisch nicht zu gewinnen war, daß die terroristischen Aktionen der IRA in eine Sackgasse geraten waren, aus der sie nur durch ein Arrangement mit dem ehemaligen Feind heraus kommen konnten. Unterstützt unserer Schwesterzeitung in Nordirland

ten waren die Wohlhabenden und wurden von Briten unterstutzt) und solange die sozialen Probleme bestehen, gibt es auch Spannungen. Von Seite der britischen Regierung ist der Konflikt insofern nicht so unerwünscht, als er die nordirische Bevölkerung in katholischen und protestantischen spaltet und somit den Kampf gegen soziale Probleme (von denen ja auch Protestanten betroffen sind) verhindert. Aber genauso wie Ausländerfeindlichkeit kein einziges soziales Problem löst, kann diese religiöse Sektiererei auch nicht nur bereits seit längerer Zeit gibt es von Frauen, Arbeitern und Jugendlichen beide Religionen Proteste gegen das Töten. Die eindrucksvollste Demonstration war jene, wo am 18. November 1993 10.000 Katholiken und Protestanten gemeinsam gegen die Morde von Shankill und Greyhound protestierten.
Northern Irish Militant Labour, die Schwesterzeitung von VORWÄRTS in Nordirland, führt bereits seit Jahren einen Kampf gegen die Spaltung der arbeitenden Menschen nach ihrer Religion. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 20%, in manchen Gegenden bis zu 50%, eine trübe Wohnungssituation, jahrelange Spaltung etc. "Es hat keinen Sinn die Politiker an einen Tisch zu bringen. Die normalen Leute müssen das lösen", sagte ein Arbeiter in Belfast.
Genau das ist der einzig Weg für dauerhaften endgültigen Frieden. Denn das Schicksal der Menschen in Nordirland kann man jetzt nicht plötzlich den Leuten überlassen, die Nordirlands Arbeiterklasse jahrzehntelang gespalten und in die terroristische Sackgasse geführt haben.



VORWÄRTS Jugend und Kultur

Die Ordnung, die sie meinen"

Wolfgang Putscheller und die Mitautoren zeigen in diesem Buches auf, daß die "Neue Rechte" nicht nur aus Springerstiefel- und Bomberjackenträgern besteht, denn, der gängige Sager, daß das Jahr 1993 mit dem Anti-Ausländer Volksbegehren begann und mit Briefbombenterror geendet habe, benennt nur einen Teil der Wahrheit!

von Michael Gehmacher, AKÖ-Lehrungsgruppe

Rudolf Hess - Marschierer, Briefbombenterroristen und verdiente Recken aus Brandschlaggen gegen Asylheime, sowie andere Herrschaften aus der rechten Szene, beziehen ihre Legitimation aus dem, was gemeinhin unter "politischer Mitte" verstanden wird, heißt es im Vorwort. Was hinter dem Schlagwort "politische Mitte" steht, wird auch prompt erklärt. Gleich im 1. Kapitel geht es um die Theorie der "konservativen Revolution" (Carl Schmitt u.a.), die vor allem im Nazitakt "Junge Freiheit" propagiert wird. Der Österreich-Redakteur der "Jungen Freiheit" Jürgen Hatzebichler (FPÖ) ist auch Chef der "Identität", die Jugendzeitung der AULA. Mit der Zeitung AULA (Herausgeber: Bund Freideutlicher Aka-

Buch des Monats



demiker) wird unter anderem der Schulterschluss zwischen Deutschnationalen und Erzkatholiken vorangetriebs. So schreibt z.B. der Ex-ÖVP-Abgeordnete Felix Ermacora, "Völkerecht" und Chef des Österreichischen Kameradschaftsbundes, in der AULA. Beim Schmökern erfährt man auch einiges Wissenswerte über den "patriotischen Klub" in dem sich Krennreiter, Pro-Waldbühnen-Kämpfer, ÖVP-Bürgermeister, FPÖler und Pornojäger tummeln. Ebenfalls erklärt wird die Staatstheorie von Othmar Spann. Weiters wird von einer "Drogenherzstern" berichtet, die von einer Psychosche attackiert wurde und welche Rolle Maria Rauch-Kallat dabei spielt. Auch auf so interessante Fragen wie: "Wer steckt hinter der 'Initiative - Neue Linke'? oder: "Was verbindet den 'Marxisten' Günther Nennung mit der Naziszene?" findet man bei Putscheller ausführliche Antworten.

100 Jahre - die andere SJ!

mit John Evers, Fritz Keller, Hugo Pepper, Georg Scheuer und Jenny Strasser

4.11. ab 16 Uhr Ausstellung und Gespräche, ab 19 Uhr Diskussion im JUZ Grünwaldgasse 4, Wien 5

JUZ - jetzt!

Jugendliche im Bezirk Gänserndorf haben am Abend der Möglichkeiten ihre Freizeit zu verbringen: Zu Hause bei den Eltern zu bleiben, in irgend ein sauteres Lokal zu gehen oder sich einfach irgendwo im Freien zu treffen. Letzteres führte wiederholt zu schweren Reibereien mit der Polizei - angeblich gibt es eine interne Vereinigung Gruppen von mehr als drei Jugendlichen nach 22 Uhr auseinander zu treten. Von der tristen Situation haben bis jetzt rechtsradikale Banden profitieren können, die manchen Jugendlichen eine "interessante" Freizeitgestaltung anbieten konnten. Aus all diesen Gründen hat sich das AKÖ-Gruppe Gänserndorf entschlossen eine Kampagne für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum "JUZ jetzt" zu starten. Mit Unterschriftenlisten, Plakaten und Infocirculen in allen Gemeinden gehen wir in die Offensive. Unser Ziel: 2.000 Stimmen für ein Juz. Ein Streitgespräch mit verschiedenen Politikern, wozu wir auch die Medien eingeladen haben, bildet dann den vorläufigen Abschluß unserer Kampagne. Eine vierte Möglichkeit ist in seiner Freizeit zu tun hätte sich fast vergessen: Bei uns aktiv zu werden! Ein AKÖ-Gänserndorfer Aktivist

Eurokrisenräte

Nach langem hin und her haben sich die Sozialminister der Europäischen Union nun für die Installation von EU-Eurokrisenräten ausgesprochen. Die Eurokrisenräte gibt es für Betriebe, die in mehr als einem Land Niederlassungen haben. Von der nun getroffenen Regelung sind etwa 1200 Betriebe mit 4,5 Millionen Beschäftigten in der EU betroffen - also nur ein geringer Prozentsatz. Die Regelung gegen die es von Unternehmensebene Widerstand gab, ist nun derartig zahllos ausgefallen, das sie ein weiterer Beweis dafür ist, wie wenig die Interessen der Beschäftigten in der EU zählen.

Mexiko:

USA freut sich über Wahlbetrug
Dank massiven Wahlbetrugs konnte die PRI (die Partei der institutionalisierten Revolution), die seit 65 Jahren regiert, auch diesmal die Mehrheit erzielen. Die USA wirds freuen - stellt die PRI doch den Garant für den Pro-NAFTA Politik Mexiko. Und die NAFTA hat der US-Wirtschaft ein schönes Zubrot gebracht. In der ersten Jahreshälfte 1994 stiegen die US-Exporte nach Mexiko um 17 Prozent. Für die mexikanischen Beschäftigten bedeutet das oft den Verlust der eigenen Arbeitsplätze und die Überschwemmung des heimischen Marktes mit amerikanischem Ramsch.

Italien: Proteste gegen Regierung

Die italienische Regierung hat sich einiges vorgenommen. Italiens Budgetdefizit soll um rund 65 320 Milliarden verringert werden - dafür wurde der Umfang eines schuldenreduzierenden Haushalts für 1995 beschlossen. Ministerpräsident Berlusconi will damit nicht nur in Italien selbst Stöße beweisen, sondern es geht auch darum, daß die EU und der Internationale Währungsfonds Druck machen durch Auflagen, um die Neuverschuldung zu bremsen.

Claudia Sorger
SJ Wien-Landstraße

60% der Defizitverringerung soll durch massive Einsparungen, vor allem im Sozial- und Gesundheitswesen, zustande kommen.

Der Budgetvorschlag an Parlament enthält harte Einsparungen bei Pensionen, Lokalfinanzien, Öffentlicher Dienst, Schulen und Staatsbahnen. Der größte Brocken ist die Reform des Pensionswesens. Berlusconi will im Haushalt 1995 mindestens 35 Milliarden alleine bei den Pensionen einsparen. Größter Streitpunkt ist die Forderung der Gewerkschaften, auch künftig nach 35 Beschäftigungsjahren in Pension gehen zu können. Die Regierung fordert zeitlich begrenzte Pensionskürzungen bei all jenen, die mit weniger als 40 Beitragsjahren in den Ruhestand treten. Die Sparmaßnahmen stoßen auf scharfen Widerstand der

Gewerkschaften und weiten Teilen der Bevölkerung. Begonnen hat die Protestwelle Ende September mit Streiks von Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr. Seither finden täglich über ganz Italien verteilt Warnstreiks und Demonstrationen von Arbeitern und Studenten statt.

Generalstreik geplant
Die drei italienischen Hauptgewerkschaftsorganisationen haben für den 14. Oktober einen vierstündigen Generalstreik geplant. Das soll jedoch nur der Beginn einer langen Serie von Maßnahmen sein, die sich gegen die Sparmaßnahmen der Regierung richten. Ministerpräsident Berlusconi will seine harte Linie durchsetzen und bezeichnete den Generalstreik als antiquiertes Instrument, um Interessen der Arbeitnehmer durchzusetzen. Doch schon jetzt wird angenommen, daß die Regierung durch den Druck Abschiebe am Gesetzesentwurf vor-

nehmen wird müssen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Betrachtung der bürgerlichen Presse in Österreich. In einem Presse-Kommentar vom 29.9. war die Unterstützung für Berlusconi Spornpolitik zu lesen. "Es sind keine Berichte aus der Bibel, sondern aus dem heutigen Italien. 'Blinde' arbeiten als Taxifahrer, 'Beinaumputzte' sind Stars bei Fußballvereinen. 'Pensionisten' müssen bis 15 oder 20 Berufs-jahre hinter sich gebracht haben. Das sind nicht Wunder, sondern Produkte des Mißbrauchs am italienischen Sozialismus... Wer an einem stabilen Italien interessiert ist - und wenn nicht Nachbarn sollten das in erster Linie sein - der muß Berlusconi die Daumen halten, daß der Premier auch in den nächsten Wochen nicht nachgibt. Denn die Gewerkschaften haben ihre alten Kampfinstrumente aus der Rumpelkammer geholt. Sie treten an zum letzten Geheul, zur Verteidigung jener Wohlfahrtswohltaten, die sie jahrzehnte-



lang erkaufte haben und damit für wohlwörter halten. "Diese reaktionäre Sichtweise sozialer Errungenschaften in Zusammenhang mit Italien spiegelt eine europaweite Entwicklung wieder, in der in Zeiten wirtschaftlicher Krise durch scharfe Attacken sozialer Errungenschaften rückgängig gemacht werden. Nach den Wahlen in Italien wurde von einem generellen Rechtsruck gesprochen - die italienischen Arbeiter hätten sich endgültig von sozialistischen Ideen verabschiedet. Aber die jetzigen Demonstrationen beweisen das Gegenteil.

2000 Rechte planen Aufmarsch

Verhindert das Nazitreffen!

Am 22. und 23. Oktober findet das größte österreichische Nazi-Treffen seit 1984 statt. An die 2000 Burschenschaftler, Alt- und Neonazis werden sich an diesem Wochenende in Innsbruck versammeln. Ausgehend von Innsbruck hat sich bundesweit Widerstand formiert. Die Losung lautet: Verhindert das Nazitreffen in Innsbruck.

von Michi B.,
AKÖ-Wien Nord

Der „Gesamtösterreichische Freiheitskämpfer“ unter dem Motto „Europa im Umbruch - und wo bleibt Südtirol?“ hat eine prominente Unterstützerliste. Führend beteiligt sind die Burschenschaften Brixia Innsbruck und Olympia Wien, beide einschlägig bekannt. Aus der Tradition der Brixia kommen die Südtirolterroristen, die Olympia Wien hatte und hat in ihrer Verbindung so prachtvoll Recken wie den verstorbenen NDP-Chef Norbert Burger. Doch meist üben sich diese Burschenschaftler mehr im ideologischen Ausbildung. So beherbergen die Olympia wie auch die Brixia in ihren Häusern Leserkreise der rechtsextremen deutschen Zeitung „Junge Freiheit“. Für die Verbindung zur Jungen Freiheit sorgt auch Franz Watschinger, Südtirol-Korrespondent der JF, und Mitorganisator des Komers. Zitat: „... für mich besteht sie (die Demokratie) aus einer Dreiteilung, einerseits die Masse, also das Volk, dann die Elite und die politischen Führer.“ (profil 4/94)

Aber auch andere veranstaltende Gruppen brauchen hier den Vergleich nicht zu scheuen. So hatte der Wiener Korporationsring bis vor kurzem immerhin Franz Radl (Teutonia Wien) als Sprecher aufzubieten. Jede Ähnlichkeit mit dem Franz Radl, der in Zusammenhang mit den Briefbombenattentaten seit längerem in U-Haft sitzt und als VAPO-Aktivist gilt, ist rein zufällig.

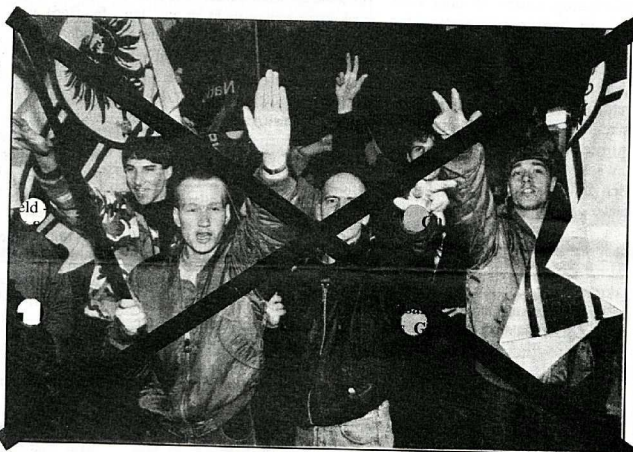
Durch die Junge Freiheit und die Südtiroler Schützenverbände scheint auch gewährleistet, daß die Kameraden aus den „anderen deutschen Staaten“ in die Organisation miteingebunden werden. Nach den mehr oder

weniger mißglückten

Rudolf - Hess - Gedenkmärschen 1993 und 1994 dürfte dieses Treffen einen wichtigen Vernetzungsschritt zwischen den Krawattenfaschisten darstellen. Es hat in den letzten 3 Jahren kaum eine Veranstaltung dieser Größe im rechtsextremen Lager gegeben. Noch dazu mit einer öffentlichkeitswirksamen Demonstration hunderter Farbentragender zum Thema Südtirol, bei der den Nazis die Unterstützung eines nicht zu kleinen Teils der Politiker und auch der Bevölkerung sicher ist.

Vorwärts und das AKÖ sind in die bundesweite Mobilisierung voll eingebunden. Von Wien, Linz und St. Pölten werden Busse abfahren. Andere Bundesländer organisieren eigene Transportmöglichkeiten. Am Samstag wird sehr zeitig in der Früh losgefahren, um rechtzeitig um 12.00 in Innsbruck zu sein. Eine große Demonstration auf der Maria-Theresienstraße, wo die Nazis ihren Farbenbummel abhalten wollten, ist bereits angemeldet. Die Fahrt kostet bisher öS 340,-, es wird letztendlich höchstwahrscheinlich entscheidend billiger. Wer schon bezahlt hat, bekommt sein Geld natürlich zurück. Es ist wichtig, sich möglichst bald anzumelden, damit wir einen Überblick über die Teilnehmerzahl bekommen.

Anmelden könnt ihr euch über das
VORWÄRTS Büro
Tel. 0222/59 70 432.



Haut dem Küssel auf den Rüssel

Als Gottfried Küssel, der Führer der österreichischen Neonazis, vor rund einem Jahr unter großem öffentlichen Druck zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, glaubten Regierung und Justiz, damit das Problem Neonazis erledigt zu haben.

Nun steht der Chef der militanten neonazistischen VAPO (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) erneut vor Gericht. Der Oberste Gerichtshof hob das Urteil gegen ihn zum Teil wieder auf, und bei der Neuaufnahme des Prozesses wird für Küssel vermutlich eine viel geringere Strafe herauskommen. Bei einem neuen Prozeß müssen nämlich auch alle Zeugenaussagen neu eingeholt werden: Viele wichtige Zeugen, größtenteils VAPO-Aussteiger, wollen - aus Angst vor den Konsequenzen - kein zweites Mal gegen Küssel aussagen.

Küssel wollte an den ersten Verhandlungstagen die VAPO bagatellisieren, indem er sie als „Pimperlverein“ bezeichnete. Bei der Verharmlosung der VAPO hätte ihm auch Hans-Jörg Schimanek jun. helfen sollen. Der Sohn des gleichnamigen niederösterreichischen Landesrates der FPÖ wurde aber wegen falscher Zeugenaussage (während der Verhandlung) gemeinsam mit drei anderen



Küssel, das „Unschuldslamm“ Kameraden in Verwahrungshaft genommen. Er hatte ein politisches Nazifest an Hitlers Geburtstag als Geburtstagsfeier für ein Skinheadmädchen aus Gmundens dargestellt. Er sprach von einer kurzen, gänzlich unpolitischen Wortmeldung Gottfried Küssels. Ein Video gab Aufschluß über den „Pimperlverein“ und den „unpolitischen“ Küssel: „Wir wollen die Macht erobern“ - und zwar in einem neu zu errichtenden großdeut-

Prügelpolizei

Tatort: „Ernst-Kirchweg-Haus“ (EKH), Jugendtreff in Wien 10; Tathergang: Ohne Haftbefehl, trotz mehrfacher Aufforderung, ohne sich auszuweisen, wollten 3 Zivilpolizisten zwei Afrikaner verhaften.

Mehrere Anwesende, unter ihnen auch der antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller und der Student Tom W., bestanden auf eine rechtlich korrekte Vorgangsweise, worauf die Beamten Verstärkung anforderten. 15 Uniformierte stürmten 3 Minuten später ins EKH und prügelten alles nieder, was ihnen im Weg war. Ergebnis: Gesichtsverletzungen für Muhammad Barry, einem der Afrikaner (legal in Österreich, so wie sein Freund); schwere Knieverletzungen für Purtscheller und einige Blutergüsse für Tom W.

Purtscheller wurden wichtige Informantenadressen aus der rechtsextremen Szene von der STAPO abgenommen - für die zahlreichen FPÖ-Wähler in der Polizei ein Leckerbissen.

Thomas P., AKÖ-Wien West

schen Reich.“ Küssel war die zentrale Figur der deutschen und österreichischen Neonazis. Vor seiner Verhaftung wurde er in rechtsextremen Kreisen als Nachfolger des (verstorbenen) deutschen Naziführers Kühnen gehandelt. Egal, was Küssel und Kumpanen aussagen, entscheidend ist, daß der Großteil der rechten Schläger weiter, von Gericht und Polizei so gut wie ungeschoren, Linke und Ausländer bedrohen und angreifen darf. Und daß die „Ziehväter des rechtsextremen Terrors“ - wie Haider - weiter ihre Propagandawalzen laufen lassen. Deshalb: Selbst aktiv werden im AKÖ - der wirklich effiziente Weg, etwas gegen Rechts zu tun.

Markus Z., AKÖ-Wien-Ost

Verhindert das Nazitreffen: Anmelden und Infos beim AKÖ: Tel. 0222/59 70 432